

Vorwort der Herausgeber

Kurz vor der Jahrtausendwende kennzeichnen vielfältige Herausforderungen die Lage Europas. Der Krieg auf dem Balkan wirft Fragen zur Handlungsfähigkeit der Europäischen Union auf. Daß ein koordiniertes Vorgehen in außenpolitischen Belangen dringend nötig ist, demonstrierten der Konflikt im Kosovo und die langwierigen Friedensverhandlungen im Vorfeld der militärischen Auseinandersetzungen, die wiederholt die Ohnmächtigkeit der Europäischen Union in sicherheitspolitischen Belangen deutlich machten. Die Rückkehr des Krieges nach Europa zeigt, daß das in Amsterdam geschaffene neue Amt eines Hohen Vertreters der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik nicht zur Marginalie verkommen darf.

Weiterhin aktuell bleiben die Erweiterung der Europäischen Union nach Osten und die damit verbundene Notwendigkeit einer wirtschaftlichen und strukturellen Reform der Gemeinschaft. Mit der Einigung über die Agenda 2000 sind die Mitgliedstaaten einen notwendigen Schritt vorangekommen. Sie haben damit eine wichtige Grundlage für die Erweiterung der Europäischen Union um die beitragswilligen Staaten Mittel- und Osteuropas geschaffen, deren Einbindung die erste große Herausforderung für die Union im nächsten Jahrzehnt sein wird.

Die Einführung des Euro zum Jahresbeginn 1999 macht die Grenzen des gemeinsamen Binnenmarktes plastisch deutlich. Der Umgang mit der neuen Geldeinheit im bargeldlosen Zahlungsverkehr, aber auch die Sorge vieler Europäer über die Stabilität der neuen Währung tragen dazu bei, daß der gemeinsame Wirtschafts- und Währungsraum lange vor der Ausgabe von Euro-Münzen und Scheinen deutlich an Kontur gewinnt. Der Amsterdamer Vertrag, der am 1. Mai 1999 in Kraft getreten ist, ist ein weiteres Zeichen für das Zusammenwachsen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die gemeinschaftliche Kooperation in den Bereichen Justiz und Inneres und der Aufbau einer gemeinsamen Grundlage für die Bereiche Visa, Asyl und Einwanderung sind Ausdruck dieser Vertiefung.

Ungeachtet der Fülle an Ereignissen innerhalb Europas blickt das Jahrbuch in seiner neunzehnten Auflage auch über den kontinentalen Tellerrand. Die wirtschaftspolitische Verflechtung der Europäischen Union weit über die Grenzen Kontinentaleuropas hinaus wird in mehreren Beiträgen zur Außenpolitik berücksichtigt. Neben Asien wurde der Afrikapolitik der Union erneut ein Beitrag gewidmet. Aufgrund der zunehmenden Bedeutung der südamerikanischen Staaten als Handelspartner wurden die Beziehungen Lateinamerikas zur Europäischen Union ebenfalls untersucht.

VORWORT DER HERAUSGEBER

Die detaillierte Erläuterung von Interessen, Hintergründen und Zielen der Europapolitik machen das Jahrbuch der Europäischen Integration zu einem wertvollen Instrument der zeitnahen Europa-Analyse. Insgesamt wurde dabei auf den Aufbau und Ansatz der vergangenen Ausgaben zurückgegriffen, mit dem das Jahrbuch zum europapolitischen Standardwerk geworden ist.

Entsprechend der Tradition des Jahrbuches, immer wieder andere Akzente zu setzen, wurden auch in diesem Jahr neue Autoren verpflichtet: Die Transatlantischen Beziehungen beleuchtet Dr. Simon Serfaty (CSIS, Washington DC). Aus Brüssel berichtet Hartwig Nathe (Focus Redaktion) über den Rechnungshof. Mit den Entwicklungen im Rat der Europäischen Union beschäftigt sich Dr. Johannes Koecke (Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin). Dr. Burkhard Steppacher schreibt nun über den „Wirtschafts- und Sozialausschuß“, der wieder in die Themenliste des Jahrbuches aufgenommen wurde. Eine Wiederaufnahme ist auch der Beitrag „Energiepolitik“, die Dr. Peter Palinkas (Europäisches Parlament, Straßburg) untersucht. Den neuen Gremien „Wirtschafts- und Finanzausschuß und Euro-11-Gruppe“ ist ebenfalls ein Beitrag gewidmet, den Prof. Dr. Wolfgang Wessels zusammen mit Birgit Hanny übernommen hat. Dr. Claus Giering (Centrum für angewandte Politikforschung, München) analysiert die Entwicklungen im Europäischen Rat; die Beziehungen der Gemeinschaft zu Lateinamerika untersucht Udo Diedrichs (Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen, Universität zu Köln). Der Bereich Umweltpolitik wird von der Europa-Parlamentarierin Dagmar Roth-Behrendt und Wolfgang Schäfer beleuchtet. Mit den europäischen Parteien und der interparlamentarischen Zusammenarbeit beschäftigt sich Andreas Kießling (Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaften, Ludwig-Maximilians-Universität München).

Durch den Vertrag von Amsterdam wurden der EU-Vertrag und der EG-Vertrag neu gefaßt. Diese Änderungen haben auch vor dem Jahrbuch nicht halt gemacht; sofern nicht anders vermerkt, werden die Vertragsartikel gemäß der seit 1. Mai 1999 gültigen neuen Numerierung zitiert. Als weitere Neuerung wurden bei vielen Artikeln Internet-Adressen angegeben, über die sich aktuelle Quellen zur Europäischen Union schnell und unproblematisch erschließen lassen.

Besonderer Dank gilt auch diesmal zunächst den Autorinnen und Autoren, deren große Sachkenntnis die solide Grundlage und das unverkennbare Profil des Jahrbuches bildet. Katrin Steinack hat mit ihrer fachkundigen redaktionellen Arbeit dazu beigetragen, daß trotz hohem Termindruck eine Publikation mit einem homogenen Gesamtansatz entstanden ist. Auch den Verantwortlichen des Institutes für Europäische Politik, dem Europa Union Verlag sowie der KONINKLIJKE WÖHRMANN B.V. danken wir für ihren wichtigen Anteil am pünktlichen Erscheinen des Jahrbuches 1998/99.

Werner Weidenfeld

Wolfgang Wessels